



### Wahlkampf

Neuerdings entdecken sämtliche im thüringer Landtag vertretenen Parteien das Thema Abschaffung der Straßenausbaubeiträge für sich. Während die Partei DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits vor Bildung der rot-rot-grünen Koalitionsregierung versprochen, sich für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge einzusetzen, die AfD bereits einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht hatte, ist es jetzt auch ein Thema für CDU und SPD, die sich in der gesamten Zeit ihrer Regierungsverantwortung permanent für die Beibehaltung dieser ungerechten Zwangsbeiträge ausgesprochen haben. Woher dieser Sinneswandel? - Im nächsten Jahr finden Landtagswahlen statt und man möchte wieder mehr von dem mit Diätenautomatismus reich gedeckten Tisch abbekommen.

Mit dem Volk, das nicht zwischen Bundes- und Landespolitik der selben Parteien unterscheidet, gehen die „Volksparteien“ da schon anders um.

Zur Erinnerung: Zumindest die Älteren aus den neuen Bundesländern werden sich noch an die bis 1989 propagierte „Gute Politik zum Wohle des Volkes“ erinnern. Unklar blieb allerdings, wer mit diesem Volk gemeint war. Im westlichen Teil unseres Heimatlandes wurde dagegen die „Soziale Marktwirtschaft“ praktiziert. Da diese offensichtlich für einen höheren Lebensstandard für breite Bevölkerungsschichten sorgte, hofften viele ehemalige DDR-Bürger auf Teilhabe an diesem Wirtschaftssystem.

Nach dem Versprechen von blühenden Landschaften hielten dann allerdings die politisch Verantwortlichen im nun vereinten Deutschland die „Soziale Marktwirtschaft“ für nicht mehr erforderlich. Der Kampf der Systeme war gewonnen und man konnte wieder zu einer guten Politik zum Wohle des Volkes übergehen. Wer dieses mal mit Volk gemeint war, sieht man, wenn man sich z.B. die Nutznießer der Senkung des Spitzensteuersatzes durch die Schröder-Regierung von 53% auf 42% ansieht, der durch einen massiven Sozialabbau und Billiglöhne gegenfinanziert wurde.

Der so weiter verschärfte Gegensatz zwischen arm und reich führte zu einer zunehmenden Unzufriedenheit in breiten Bevölkerungsschichten, die sich in Wahlbeteiligung, Wahlergebnissen und wachsendem Desinteresse an Politik niederschlägt. Das Vertrauen in die etablierten Parteien schwindet deutlich. Basisdemokratische Volksvertretung über die Parteien von unten nach oben findet kaum noch statt, wenn sie nicht durch Bürgerinitiativen und Vereine wahrgenommen wird. Auf der Suche nach Alternativen finden die benachteiligten Menschen Stimmen, die ihre Sorgen und Probleme überhaupt erst mal thematisieren.

Aber statt endlich die Themen aufzugreifen und in einen Wettbewerb zur gesamtgesellschaftlichen Lösung der Probleme und zu einem sozialen Ausgleich zu treten, verlieren sich die etablierten Parteien in ideologischen Auseinandersetzungen, in denen möglicherweise Sachthemen zerrieben und nicht gelöst werden.

Es ist allein der Bürgerallianz Thüringen und den unter Ihrem Dach zusammengeschlossenen Vereinen und Bürgerinitiativen zu verdanken, daß das Thema Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in aller Munde ist. Die Bürgerallianz hat dazu ständig das Gespräch mit der Landesregierung und allen im Landtag vertretenen Parteien gesucht.

Die Stimmen zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge mehren sich. Der Fachanwalt für Verwaltungsrecht Prof. Dr. Michael Quaas hat in seinem Gutachten für den Gemeinde- und Städtebund festgestellt: „Beiträge dürfen nur erhoben werden, wenn der Bürger einen Vorteil davon hat. Ein solcher Vorteil ist bei Straßenausbaubeiträgen schwer vermittelbar.“

„Nur weil Grundstückseigentümer darauf angewiesen sind, über diese Zugangsstraßen zu ihrer Wohnung zu gelangen, darf der ohnehin Steuern zahlende Bürger nicht über den Umweg einer Beitragserhebung ein weiteres Mal zur Kasse gebeten werden“  
sagt Jenaer CDU-Stadtrat Reyk Seela.

Anlässlich des Pößnecker Stadtfestes am 09.09.2018 erfuhr unser HWG-Stand einen regen Zulauf und die Besucher zeigten mit ihrer Unterschrift den Straßenausbaubeiträgen die ROTE KARTE. Viele Menschen fühlen sich bzgl. der Kommunalabgaben ungerecht behandelt und haben Angst, ihr Eigentum, ihre Altersvorsorge und ihre Existenzgrundlage zu verlieren. Besonders erfreut waren wir darüber, daß wir den Vorsitzenden der Bürgerallianz Thüringen Wolfgang Kleindienst an unserem Stand begrüßen konnten.

Der Wahlkampf hat begonnen und wir dürfen auf den Gesetzentwurf der Regierung zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gespannt sein.

Solange diese existieren, zeigen wir den Straßenausbaubeiträgen die ROTE KARTE.

Karl-Heinz Stolze

stellv. Vorstandsvorsitzender

**Haus-, Wohnungs u. Grundstückseigentümergeverein Saale-Orla e.V.**

Pößnecker Str. 30, 07389 Ranis

Tel.: 03647-423791

[www.hwg-saale-ork.de](http://www.hwg-saale-ork.de)    [mail: info@hwg-saale-ork.de](mailto:info@hwg-saale-ork.de)

Sprechstunde jeden 2. Dienstag im Monat 17.00 – 18.00 Uhr im kleinen Sitzungssaal Rathaus Pößneck